

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

10. Sitzung
am Mittwoch, dem 5. März 1997, 10:05 Uhr,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Meinhard Füllner

in Vertretung von Torsten Geerds

Fehlende Abgeordnete

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Tagesordnung:	Seite
1. Entwicklung von Strategien und Aktionen des Landes Schleswig-Holstein zur Informationsgesellschaft (EU-Projekt "RISI" [Regional Information Society-Initiative])	4
Information durch den Direktor der Technologiestiftung	
2. Euroregion Schleswig/Slesvig	6
hierzu: Drucksache 14/563	
3. Vorbereitung der 6. Parlamentarischen Konferenz der Ostseeanrainer am 15./16. September 1997 in Danzig	8
4. Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn Bericht vom Treffen der Vorsitzenden der Bundes- und Europaausschußvorsitzenden aus Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen	10
hierzu: Umdruck 14/553	
5. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die

Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwicklung von Strategien und Aktionen des Landes Schleswig-Holstein zur Informationsgesellschaft (EU-Projekt "RISI" [Regional Information Society-Initiative])

Information durch den Direktor der Technologiestiftung

Anhand von Schaubildern (Umdruck 14/595) erläutert der Direktor der Technologiestiftung, Klaus P. Friebe, die Strategien und Aktionen des Landes im Rahmen der Regional Information Society-Initiative (RISI). Er stellt dar, daß aufgrund der finanziellen Handlungsspielräume der Stiftung die Akquirierung von RISI besonders erfolgreich gewesen sei. Im gleichen Zusammenhang weist er auf die Umfunktionierung des Regionalfonds der EU hin, auf die es sich einzustellen gelte; denn die Entscheidung über die Förderkriterien werde mit den neuen Richtlinien mehr und mehr nach Brüssel gezogen. Darüber hinaus gehe die Tendenz dahin, bei den einzelnen EU-Projekten nicht mehr das Ziel zu bezuschussen, sondern den Weg dorthin. Dieses Denken müsse vom Land und von dem am 6. März sich gründenden Lenkungsausschuß "Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein" in seiner achtzehnmonatigen Arbeit angenommen werden. Es gehe also darum, so meint Direktor Klaus P. Friebe, in Schleswig-Holstein einen Prozeß zu initiieren, der sich durch alle wirtschaftlichen Gruppen hindurchziehe. Die Resonanz sei bisher schon sehr lobenswert. Am Schluß solle eine Strategie für Schleswig-Holstein erarbeitet sein, die, dann mit konkreten Projekten versehen, in die EU-Finanzierung aufgenommen werden könne.

Was RISI im einzelnen angehe, so beschäftige sich Schleswig-Holstein mit folgenden zwei Problemen: erstens die Änderung der Kultur des Miteinanders in der Informationsgesellschaft und zweitens die Erarbeitung des methodischen Werkzeuges zum Umgang mit der Informationsgesellschaft.

Als Aufgabe der Politik des Landes benennt Direktor Klaus P. Friebe sodann die Umsetzung der hierzu ausgearbeiteten "Visionen".

Er beendet seine Ausführungen mit der Überlegung, daß die Gesellschaft insgesamt sich durch die Digitalisierung der ganzen Informationsflüsse in ihren Verhaltensweisen und Strukturen

völlig verändern werde. Darauf seien die Menschen vorzubereiten. Obwohl nach seiner Auffassung die gesellschaftlichen Risiken der "Online-Gesellschaft" durchaus problematisiert werden müßten, müsse es auch darum gehen, die Chancen besser als bisher zu nutzen.

In der sich anschließenden Diskussion erörtern die Ausschußmitglieder Fragen der Finanzierung der angesprochenen Projekte sowie des Aufbaus einer ausreichenden Infrastruktur. Weitere Fragen zielen auf die Verstärkung der Akzeptanz in der Bevölkerung.

Der Ausschußvorsitzende zieht ein Fazit der Diskussion dahin, daß sich der Ausschuß zum einen mit der Thematik weiter intensiv beschäftigen müsse und zum anderen ein Appell an die Fraktionen ergehen sollte, sich mit der Zukunft der Informationsgesellschaft vertraut zu machen und die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Euroregion Schleswig/Slesvig

hierzu: Drucksache 14/563

Der Vorsitzende teilt mit, daß er den Tagesordnungspunkt auf Bitten des Antragstellers auf die Tagesordnung gesetzt habe, um vor der ersten Lesung des CDU-Antrages in der Drucksache 14/563 im Plenum einige Verfahrensfahren zu klären.

Abg. Jost de Jager erläutert den Zweck des Antrages dahin, sich bereits im jetzigen Stadium mit dem Thema im Sinne der Erarbeitung möglichst eines einheitlichen Votums zu beschäftigen, da die Entstehung dieser Euroregion von sehr sensiblen Begleiterscheinungen umgeben sei.

Abg. Bernd Saxe hält es für kontraproduktiv, daß sich der Landtag angesichts der aus Sønderjylland signalisierten Vorbehalte bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit dem Thema beschäftigen soll. Der Landtag müsse alles vermeiden, was den Anschein erwecke, die dänischen Partner unter Druck setzen zu wollen. Vor diesem Hintergrund sollte die Behandlung des Antrags möglichst verschoben werden, bis der Entwicklungsprozeß in der Region abgeschlossen sei. Eventuell könnte man später versuchen, dann zu einem gemeinsamen Initiativantrag zu kommen.

Diesem Votum schließt sich Abg. Detlef Matthiessen an.

Der Vorsitzende schlägt Ausschußüberweisung des Antrags ohne Diskussion im Plenum vor.

DirL Dr. Jürgen Schöning trägt die Diskussionslage des Ältestenrates vor. Danach habe der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion angeboten, die Frage der Absetzung von der Tagesordnung oder auch die Überweisung an den Ausschuß (eventuell auch ohne Diskussion) nochmals zu prüfen. Redezeiten seien allerdings von allen Parteien angemeldet worden.

Der Vorsitzende bittet, dem Ausschuß rechtzeitig zu signalisieren, ob vom Antragsteller Abstimmung in der Sache oder Ausschußüberweisung gewünscht werde.

Abg. Jost de Jager sagt zu, Ausschußüberweisung beantragen zu wollen.

Abg. Detlef Matthiessen besteht darauf, den Antrag nur zu begründen und ohne Aussprache an den Ausschuß zu überweisen, einerseits um angesichts der heiklen Lage längere Debatten zu vermeiden und andererseits versuchen zu können, im Ausschuß doch noch zu einem Konsens zu kommen. Dies erscheine ihm deshalb möglich, da man inhaltlich nicht so weit auseinanderliege.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Vorbereitung der 6. Parlamentarischen Konferenz der Ostseeanrainer
am 15./16. September 1997 in Danzig**

DirL Dr. Jürgen Schöning ruft zunächst die Ergebnisse der 5. Konferenz in Erinnerung und teilt mit, daß für die Vorbereitung der 6. Konferenz der dafür eingerichtete ständige Ausschuß bereits einmal getagt habe. LP Heinz-Werner Arens vertrete in diesem Ausschuß die teilnehmenden Bundesländer sowie den Bund.

Folgende Schwerpunkte seien festgelegt worden:

1. ein stärkerer Arbeitscharakter dieser Konferenzen,
2. die Konzentration auf bestimmte Schwerpunkte
und
3. mehr Diskussion um die anstehenden Themen und weniger Beschäftigung mit
Schlußresolutionen.

Erörtert worden sei, so fährt DirL Dr. Jürgen Schöning fort, in der Sitzung des ständigen Ausschusses auch die Frage, inwieweit sich Landesparlamente mit Themen befassen könnten - zu nennen seien hier die Außen- oder die Sicherheitspolitik -, die verfassungsrechtlich nicht in deren Zuständigkeit fielen. Einige Delegationen zögen sich auf den Standpunkt zurück, für solche Fragen kein Mandat zu haben, während andere die Meinung verträten, die Parlamentarier dürften alle Themen diskutieren, die auch auf der Tagesordnung des Ostseerates stünden, weil man sich als parlamentarisches Gegengewicht zu der Arbeit der Exekutive im Ostseerat sehe.

Im weiteren trägt DirL Dr. Jürgen Schöning den Programmentwurf vor und teilt mit, daß für die vorgesehene Podiumsdiskussion zum Thema "Sicherheit und vertrauensbildende Maßnahmen" neben einem russischen Vertreter, einem polnischen Vertreter und einem Vertreter aus den baltischen Staaten auch ein deutscher Vertreter benannt werden solle. Wer dieser deutsche Vertreter sein werde, sei bisher noch nicht entschieden.

Abg. Jost de Jager tritt dafür ein, diesen deutschen Vertreter aus den Mitgliedern des Bundestages zu benennen. - Diese Überlegung wird vom Ausschuß unterstützt.

Des weiteren erhält das Anliegen des Landtagspräsidenten als Vertreter Schleswig-Holsteins in der ständigen Arbeitsgruppe die einstimmige Unterstützung, die 7. Parlamentarische Konferenz in Schleswig-Holstein auszurichten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
Bericht vom Treffen der Vorsitzenden der Bundes- und
Europaausschußvorsitzenden aus Berlin, Brandenburg, Hessen,
Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein und
Thüringen**

hierzu: Umdruck 14/553

Der Vorsitzende spricht sich aufgrund eigener Besichtigung der Gedenkstätte für die Resolution in Umdruck 14/553 aus. Er habe bei dieser Besichtigung erfahren, wie schnell historische Ereignisse in Vergessenheit geraten könnten. Er könne deshalb nachvollziehen, daß die betroffenen Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt eine solche Gedenkstätte für nachgeborene Generationen erhalten wollten und bitte um Zustimmung zu der in Umdruck 14/553 formulierten Resolution, in der sich ein Appell an den Bund befinde, sich an der Finanzierung zu beteiligen.

Er selbst habe während der Diskussion vor Ort deutlich gemacht, daß das Land Schleswig-Holstein keine Möglichkeit sehe, sich finanziell zu beteiligen, und schlage deshalb vor, der gemeinsamen Erklärung mit der Maßgabe zuzustimmen, daß für das Land Schleswig-Holstein aus der Zustimmung keine finanziellen Verpflichtungen entstehen dürften.

Diesem Votum schließt sich der Ausschuß einstimmig an. Die Geschäftsstelle "Grenzenlos" soll gebeten werden, den Ausschuß über die weitere Entwicklung der Gedenkstätte auf dem laufenden zu halten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Sitzungstermine werden bestätigt:

Mittwoch	30. April 1997 (Gespräch mit den Europaabgeordneten Piecyk und Böge)
Donnerstag/Freitag	29./30. Mai 1997 (Besuch des Hanse-Büros in Brüssel; alternative Erweiterung auf eigene Kosten um den 28. Mai 1997 mit Vortrag von Altbundeskanzler Schmidt)

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Die Beratung des dem Ausschuß zur Mitberatung überwiesenen Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, Drucksache 14/476, soll aufgenommen werden, wenn die vom federführenden Ausschuß beschlossenen schriftlichen Stellungnahmen vorliegen.
2. Der Vorsitzende stellt klar, daß er Pressekonferenzen über Ausschußsitzungen stets in seiner Funktion als Vorsitzender wahrnehme und damit den gesamten Ausschuß vertrete.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:15 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin